

Abenteuer der geistigen Auseinandersetzung mit Krieg und Frieden in der graeco-romano-germanischen Teilwelt sein, die zwar welthistorisch seit langem dominant, aber doch nicht universal ist. Das Buch von Stephan Nitz könnte auch eine Anregung sein, entsprechende Wegweiser in das politisch-philosophische Denken der anderen Teile der Welt zu schreiben.

Egbert Jahn

Schreyer, Sönke und Jürgen Wilzewski (Hrsg.). *Weltmarkt in der Krise. Die USA am Ende der Ära George W. Bush.* Trier. Wissenschaftlicher Verlag 2010. 466 Seiten. 32,50 €.

Die George W. Bush-Administration wird kaum als eine beliebte Regierung aus den Jahren 2001-2008 in die Geschichte eingehen. Ist sie aber als erfolglos oder gar als gescheitert anzusehen? Mit Sicherheit kann man sagen, dass George W. Bush, anders als sein Vater, als einer der „dunklen“ Präsidenten in die amerikanische Geschichte eingehen wird, zusammen mit Richard Nixon und John Adams, dem Nachfolger George Washingtons als Präsident. Seine Regierung hat allerdings Akzente im Sinne des US-amerikanischen Konservatismus gesetzt.

Wie sehen dies die Autoren des Sammelbandes? Eingeleitet wird der Band durch die Beiträge der beiden Herausgeber. Sönke Schreyer stellt das Wahlsystem dar und belegt, dass bei Berücksichtigung der großen Masse amerikanischer Wähler die Stürme auf der Oberfläche nur solche im Wasserglas sind. Immer wieder wird über die Umgruppierung (realignment) amerikanischer Wähler spekuliert. Die Zahlen belegen etwas anderes. Die Stamm-

wähler der beiden Parteien schrumpfen; damit wächst die Anzahl der Unabhängigen. Da es aber nur selten unabhängige Parteien in einem Zweiparteiensystem geben kann, müssen die Unabhängigen sich bei den Wahlen entscheiden – mal so, mal so. Unter extremer Konkurrenz bleiben dabei beide Parteien bisher gleich stark. Jürgen Wilzewski bewertet die Gewichte der amerikanischen Demokratie neu. George W. Bush als Kriegspräsident hatte zu viel Macht der „Imperial Presidency“ an sich gezogen, dabei waren Kongress und Verfassungsgericht nicht schuldlos. Insbesondere das Gericht in seiner Duldung der Menschenrechtsverletzungen muss sich neu bestimmen. Gegenwärtig – unter Präsident Obama – ist von einem Zuviel an präsidentieller Macht nichts zu bemerken.

Als wesentliches Merkmal der deutsch-amerikanischen Beziehungen arbeitet Alexander Höse die „Nebenmachtbildung“ der EU gegenüber den USA heraus; eine Konstellation, die sich historischen Entwicklungen verdankt und weniger einer aktiven Politik in einer Administration. So wird es bleiben: Europa hat weltpolitische Interessen begrenzter Art und kann den USA in ihrem Streben nach weltpolitischer Dominanz nicht länger folgen. Man könnte freilich argumentieren, dass die negativen Ergebnisse im Krieg gegen den Terror in Afghanistan und im Irak die USA auf sich zurück verweisen. Das ist aber aus den hier vorliegenden Beiträgen nicht abzulesen. Abweisung nach außen gab es nur in der Immigrationspolitik, wie Uwe Wenzel nachweist, weil innenpolitisch sowohl Konservative wie auch Gewerkschaftler Präsident Bush in seiner liberalen Immigrationspolitik blockierten.

Ein auffallendes Handlungsmerkmal in den anderen Beiträgen weist aber auf US-amerikanische Expansion, auf die Öffnung von Handlungspotentialen, hin. Dies wird ganz dezidiert in dem ausgezeichneten Beitrag von *Mathias Dembinski* betont, der die zögerliche Behandlung der Nichtverbreitungsmauterei von Atomwaffen (Nonproliferation Treaty) dahingehend deutet, dass längst schon Parallelstrategien im Umgang mit nuklearem Material vorliegen. Nicht länger ist es entscheidend, dass die USA dem Ziel der Abschaffung nuklearer Technologie entgegen arbeiten, sondern dass vielmehr in difiziler Weise versucht wird, sowohl Nichtverbreitung als auch Verbreitung in Konzepte amerikanischer Technologieentwicklung einzubinden. Im Ergebnis wird es damit um eine komplexe, ungeordnete Dominanz der Weltmacht gehen. Dies ist auch an der Klimapolitik abzuleiten, wie *Danko Knothe* darlegt. Das politische System ist nicht berechtigt, industrielle Entwicklung zu steuern, vielmehr passt es sich deren Entwicklung an. Der „Feind“ dabei ist das Kyoto-Protokoll, das die Industrie „zu regulieren“ gedenkt. Im Dienst der Industrie jedoch wird selbst eine so traditionelle, nicht wesentlich veränderbare Materie wie der Handel durch die staatlich geförderte Technologiedynamik erfasst, wie *Stormy Mildner* darlegt, weil unter dem Diktum des Terrorismusverdachts neue Kontrollen der Verfrachtung von Waren (Container Security Initiative) in den Lieferhäfen zu implementieren sind. So zeigt auch hier die „knowledge economy“ ihren Einfluss. Man kann George W. Bush zwar nicht vorwerfen, dass er im Irak und in Afghanistan nicht siegen wollte, aber die dortigen Niederlagen falsifizieren keinesfalls seine Strategien,

aus dem Terrorismusproblem eine „Weltunordnungspolitik“ von langer Dauer abzuleiten, in der Prinzipien, Normen und deren Brüche die Leitlinie darstellen. Die Präventivstrategie der USA, wie *Martin Kahl* vermutet, wird mithin Präsident Obama überdauern. Genauso wenig darf man folgern, wie *Lars Berger* darlegt, dass der Irakkrieg als eine gescheiterte Nahostpolitik zu interpretieren ist. Im Gegenteil: Er lieferte Informationen über künftige Strategien der Penetration, insbesondere widerlegte er eine seltsame Interpretation von Francis Fukuyama, dass Arabisten nicht nur arabische Ansichten, sondern auch deren „Tagträume“ (self-delusion(s), 319) in ihre Analysen mit aufgenommen hätten. Defizite im amerikanischen Denken sind freilich nicht nur in der Geringschätzung anderer Kulturen zu finden, sondern auch im Gewirr ihrer eigenen Denkmuster aus der „liberal tradition“. Diese favorisiert Normen, durch welche die Wirtschafts- und Finanzpolitik schutzlos der Ideologie der Selbstregulierung durch den Markt ausgesetzt war (*Danko Knothe*). Aber auch diese Katastrophe lässt sich noch positiv wenden, legt sie doch offen, dass die Finanzmärkte eine Versicherung hatten, für die sie nichts zu bezahlen brauchten.

*Christian Lammerts* Beitrag macht klar, dass es in der amerikanischen Sozialpolitik nicht darum geht, diese abzubauen, sondern neu zu konturieren (Deregulierung), nämlich im Sinne einer radikalen Marktorientierung. Der amerikanische Kongress konnte sich diesem abenteuerlichen Modell nur begrenzt anvertrauen. Die Vereinten Nationen müssten reformiert werden, wie *Andrea Liese* ausführlich darlegt; dies ist sicherlich nicht nur Programm der USA. Aber mit Botschafter Bolton und

seiner „zänkischen Diplomatie“ kamen die USA nicht sehr weit.

Der Band umfasst nicht alle Politikfelder, deren Analyse aufschlussreich wäre. Dies tut freilich dem vorgelegten Themenspektrum keinen Abbruch. Der Band ist für das Verstehen der gerade vergangenen Gegenwart sowie für die weitere Zukunft eine unverzichtbare Ausgangsbasis.

Jakob Schissler

Ferhadbegović, Sabina und Brigitte Weiffen (Hrsg.). *Bürgerkriege Erzählen. Zum Verlauf Unziviler Konflikte*. Konstanz. Konstanz University Press 2011. 357 Seiten. 39,90 €.

Spätestens seit Samuel Huntingtons Theorie vom „Kampf der Kulturen“ nehmen kulturelle Faktoren in der öffentlichen Diskussion der Ursachen gewalttätiger Konflikte eine prominente Rolle ein. Bricht ein bewaffneter Konflikt aus, werden religiöse und ethnische Zugehörigkeiten meist recht voreilig als diejenigen Faktoren identifiziert, die entscheidend für den Ausbruch, den Verlauf oder die (Nicht-) Beendigung der Gewalt sind. Innerhalb der politischen Wissenschaft sind die entsprechenden Thesen jedoch höchst umstritten. Laut der quantitativen Konfliktursachenforschung beeinflusst der Grad an ethnisch-religiöser Fraktionalisierung das Konfliktrisiko einer Gesellschaft im Vergleich zu sozio-ökonomischen Faktoren nur marginal. Statt einfachen, linearen Effekten zwischen kulturellen Faktoren und dem Ausbruch von Gewalt wird auf Interaktionseffekte und die Tatsache verwiesen, dass die Richtung des Zusammenhangs unklar bleibt: Bestimmte kulturelle Zugehörigkeiten sind oft das

Resultat und nicht nur die Ursache ethnischer Konflikte. Kritiker bemerken, dass die starke Betonung wirtschaftlicher und institutioneller Faktoren in der quantitativen Konfliktursachenforschung zu einer Ausblendung kultureller Faktoren geführt habe. Auch bei der Messung stößt die quantitative Forschung an ihre Grenzen. Einigkeit herrscht jedoch darüber, dass Huntingtons Thesen empirisch nicht haltbar sind. Auch nach Ende des Kalten Krieges brechen bewaffnete Konflikte sehr viel häufiger innerhalb eines Kulturreises und nicht zwischen verschiedenen Kulturreisen aus. Besonders eklatant ist zudem die Tatsache, dass Huntingtons Theorie und vergleichbare Thesen gänzlich ohne Mikrofundierung auskommen. Mechanismen, welche kulturelle Merkmale einer Gesellschaft mit dem Ausbruch kollektiver Gewalt verbinden, sind bis heute Mangelware.

Genau an dieser Forschungslücke setzten Sabina Ferhadbegović und Brigitte Weiffen mit ihrem Sammelband *Bürgerkriege Erzählen. Zum Verlauf unziviler Konflikte* an. Als Herausgeberinnen stellen sie die übergeordnete Frage, was Gesellschaften in ihrem Innern zusammen hält beziehungsweise wie kulturelle Sinnmuster Prozesse der Integration und Desintegration bewirken (25). Bürgerkriege werden hier als soziale Prozesse der Identitätskonstruktion mittels Narrativen verstanden. Doch wie entstehen Bürgerkriegsnarrative und wie werden sie als Instrument der Identitätspolitik vor, während und nach Bürgerkriegen eingesetzt, um Feindschaften zu konstruieren, Gewalt zu legitimieren oder gewaltsame Konflikte aufzuarbeiten? Laut Albrecht Koschoke können Erzählungen im Bürgerkrieg Gruppen entzweien, die bisher